

Regierungskrise im Reich im Dezember 1926

Am 17. Dezember 1926 stürzte ein Misstrauensvotum der Sozialdemokraten (SPD) das dritte Kabinett des Reichskanzlers Wilhelm Marx, eine Minderheitenregierung aus Zentrumspartei, Deutscher Demokratischer Partei (DDP), Deutscher Volkspartei (DVP) und Bayerischer Volkspartei (BVP). Die SPD wandte sich mit diesem Schritt zum einen gegen die umfangreiche Zusammenarbeit der Reichswehr mit der sowjetischen Roten Armee, die den Rüstungsbeschränkungen des Versailler Vertrages widersprach, und zum anderen gegen die illegalen Umtriebe der Reichswehr in Deutschland. Zu diesen gehörte die Förderung rechtsradikaler Verbände und die dubiose Finanzierung von deren Aktivitäten. Die SPD büßte durch diesen Vorstoß bei Anhängern des bürgerlichen politischen Spektrum weiter an Ansehen ein, da es den Sozialdemokraten in ihren Augen an "nationaler Zuverlässigkeit" fehlte. Die Umtriebe der Reichswehr wurden dagegen nicht wirksam eingeschränkt. Der Sturz des dritten Kabinetts Marx führte nicht zu Neuwahlen. Vielmehr wurde das neue vierte Kabinett Marx' um die Deutschnationale Volkspartei (DNVP) erweitert.

Literatur:

BÜTTNER, Ursula, Weimar. Die überforderte Republik. 1918-1933, in: BENZ, Wolfgang (Hg.), Gebhardt. Handbuch der deutschen Geschichte, Bd. 18: 20. Jahrhundert (1918-2000), Stuttgart ¹⁰2010, S. 171-767, hier 591-594.

Reichsregierung (1926-05-17 – 1927-01-29) Kabinett Marx III; [Schlagwort Nr. 18022](#).

Reichsregierung (1927-01-29 – 1928-06-29) Kabinett Marx IV; [Schlagwort Nr. 18023](#).

Empfohlene Zitierweise:

Regierungskrise im Reich im Dezember 1926, in: 'Kritische Online-Edition der Nuntiaturberichte Eugenio Pacellis (1917-1929)', Schlagwort Nr. 2205, URL: www.pacelli-edition.de/Schlagwort/2205. Letzter Zugriff am: 28.04.2025.